

## **Protokoll**

### **über die Sitzung**

**des Ausschusses für Planung und Umwelt  
am Donnerstag, dem 09.03.2023, 19:00 Uhr,  
Gaststätte "Deutsches Haus" in Friedeburg, Friedeburger Hauptstraße 87**

#### **Anwesend:**

##### **→ Ausschussmitglieder**

Nicole Henkel, Hesel (Vorsitzende)  
Tobe Decker, Wiesedermeer  
Stefan Gaidies, Friedeburg  
Reinhard Harms, Hesel  
Elke Hildebrandt, Wiesede  
Gudrun Jeske, Reepsholt (Vertretung für Rh. Schweers)  
Hartmut Onken, Reepsholt  
Habbo Reents, Dose  
Henning Weißbach, Upschört

##### **→ Vertreter der Verwaltung**

Helfried Goetz, Bürgermeister  
GAR Roland Abels  
GOI Daniel Sies, zugleich Protokollführer

##### **→ Gast**

Marcel Sodmann, STORAG Etzel GmbH

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

---

Die Vorsitzende eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

#### **TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit**

---

Die Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 27.02.2023 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

#### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

---

Rh. Gaidies erfragte, ob es möglich sei, den TOP 5 mit dem TOP 6 zu tauschen, damit die anwesenden Einwohner, Fragen zum Vortrag der STORAG direkt an Herrn Sodmann richten könnten. BM Goetz antwortete, dass die Geschäftsordnung dies grundsätzlich nicht vorsähe, mit dem Einverständnis von Herrn Sodmann und einer mehrheitlichen Entscheidung des Ausschusses, könne aber eine Änderung der Tagesordnung vorgenommen werden. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag von Rh. Gaidies verworfen.

**Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.**

**Das Protokoll der Sitzung vom 22.11.2022 wurde mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.**

**TOP 5                    Einwohnerfragestunde**

---

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Frau K.-H. aus Dose erfragte wegen der aktuellen Schafsrisse, wie der weitere Umgang mit der Wolfsituation aussähe. Rh. Gaidies drückte zunächst sein Verständnis für die Situation der Landwirte und seine Betroffenheit über die Risse aus. Er stellte klar, dass er eine Obergrenze für notwendig erachte und dass auffällige Wölfe entnommen werden müssen. Er hoffe auf eine Regelung durch den Bund. Er sei aber nicht damit einverstanden, dass jeder Wolf entnommen werden müsse, wie es die CDU- Fraktion in der Diskussion über die Inhalte der Wolfsresolution gefordert habe. Da Herr Sodmann von der STORAG Etzel GmbH um das Rederecht als Auswertiger bat, stellte Rh. Gaidies einen diesbezüglichen Antrag, der mit 6 Ja- Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt wurde. Herr Sodmann erfragte, wie es möglich sein soll, bei einem Raubtier wie dem Wolf, zu kategorisieren, welches Tier gefährlich ist und welches nicht. Darauf antwortete Rh. Gaidies, dass ein Kriterienkatalog angewendet werden müsse.

BM Goetz erklärte, dass die aktuelle Situation eine ernste Angelegenheit darstelle. Er verwies auf die letztjährige Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt als Herr Schrader, zuständiger Mitarbeiter des Niedersächsischen Umweltministeriums, sachlich zu diesem Thema informierte. Er drückte sein Verständnis aus, dass die Antworten nicht immer für jeden zufriedenstellend seien. Leider sei die damalige Abschlussgenehmigung erfolgreich beklagt worden, was akzeptiert werden müsse. Auf die, durch den Rat der Gemeinde Friedeburg beschlossene Wolfsresolution, reagierte nur das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium damit, dass es intern Arbeitsprozesse gäbe, die in Abstimmung mit dem Umweltministerium, Lösungen für den Umgang mit der Wolfssituation hervorbringen sollen. BM Goetz äußerte seinen ausdrücklichen Wunsch an die zuständige Politik, dass der Gesetzgebungsprozess lösungsorientiert angepasst werde.

Frau K.-H. erfragte wie die negativen Auswirkungen der Wolfsituation auf den Tourismus in der Gemeinde Friedeburg gesehen werden. BM Goetz antwortete, dass die Gemeinde anstrebe als touristische Region auf sich aufmerksam zu machen. Hier sei der Name des „Friedeburger Wolfsrudels“ negativ behaftet, was durch die medialen Strömungen nach außen transportiert würde. Im Ergebnis schade der Wolf also der Gemeinde Friedeburg.

Rh. Reents stellte betroffen kurz seine Erlebnisse in Bezug auf die Schafsrisse in Dose dar. So habe es 20 tote und 30 verletzte Schafe gegeben. Bisher seien auch noch nicht alle Tiere aufgefunden worden. Dies sei eine Katastrophe und er gehe davon aus, dass hier mehrere Wölfe tätig waren. Es gäbe leider für die betroffene Wanderschäferei keine Entschädigung, da kein wolfsabweisender Zaun errichtet gewesen war. Rh. Reents deutete an, dass die Angst vor Rissen die Weidetierhalter daran hindern könnte, die Tiere demnächst wieder rauszutreiben. Zudem zeigte er sich enttäuscht über die Reaktionen zur Wolfsresolution.

2. Herr J. aus Reepsholt erfragte als Weidetierhalter, der in den letzten Jahren durch die Beweidung seiner Rinder eine Flächenaufwertung feststellen konnte, wie Risse zukünftig verhindert werden sollen. Die Vorsitzende erklärte, dass die Gemeinde diesbezüglich keine Entscheidungen treffen könne. Dies müsse in den zuständigen Gremien der EU geregelt werden. Sie erklärte, dass die Landesregierung bereits daran arbeite, auf Augenhöhe mit den Beteiligten/ Betroffenen, Lösungsstrategien zu finden. Zudem stellte sie klar, dass Landwirte, die keinen wolfsicheren Weidezaun aufstellen,

den Wolf zu den Rissen erziehen würden. Trotzdem täte es ihr leid für die Tiere und deren Halter.

Herr J. erfragte, wann die Politik anfangen zu handeln, gerade hinsichtlich des bereits zweiten Angriffes auf ein Pony in Collrungermoor. Die Vorsitzende drückte daraufhin ihre Hilflosigkeit aus.

3. Herr G. aus Bentstreek erfragte bei Rh. Gaidies, wie er zu der Behauptung komme, dass die CDU-Fraktion eine Ausrottung der Wölfe fordere. Dies sei sein Eindruck im Verfahren zur Resolutionsverfassung gewesen, so Rh. Gaidies. Herr G. erklärte, dass dies eine falsche Annahme sei. Die Vorsitzende verdeutlichte wiederholt, dass die gesetzlichen Grundlagen für einen verbesserten Umgang mit dem Wolf von den Gremien der EU angepasst werden müssen.
4. Frau K.-H. aus Dose erfragte, wie denn mit der Schulwegesicherung und den Waldkindergärten umgegangen werde, da die Gemeinde hier eine gewisse Fürsorgepflicht habe. BM Goetz antwortete, dass sich diese Frage derzeit nicht beantworten ließe.
5. Herr W. aus Hesel erfragte, warum die Gemeinde nicht demokratiegemäß handle. Es müsse doch möglich sein, auf kommunaler Ebene eine Anpassung der wolfsbezogenen Vorgaben zu fordern. BM Goetz reagierte damit, dass er deutlich klarstellte, dass mit der Verabschiedung der Wolfsresolution ein deutliches und klares Zeichen gesetzt wurde. Es sei aber kein Aufruf zum Rechtsbruch, sondern der Ausdruck des Wunsches nach Änderung der Rechtsgrundlagen. Leider sei das Ergebnis aber nicht immer so, wie es gewünscht wurde.

---

**TOP 6                    Bericht der STORAG Etzel GmbH über aktuelle Planungen im  
Kavernengebiet Etzel  
Vorlage: 2023-026**

---

Marcel Sodmann, als Vertreter der STORAG Etzel GmbH, stellte anhand einer Präsentation, die als Anlage im Bürger- und Ratsinformationssystem beigefügt wird, die aktuellen Planungen des Unternehmens vor. In der Präsentation informierte Herr Sodmann darüber, dass der Speicherstand derzeit bei ca. 57 % läge und demnach zur Jahresversorgung mehrerer Städte mit 80.000 Einwohner ausreiche. Zudem erklärte er, dass ihm momentan keine Aktualisierung des Katastrophenplanes bekannt sei. Bezüglich der weiteren Leitungsplanung für den Wasserstofftransport stellte er klar, dass die STORAG Etzel GmbH keine eigenen Projekte plane, sondern zunächst solle der Transport per LKW umgesetzt werden. Es verwies aber auf zwei Projekte von anderen Unternehmen in der Region, einerseits das Wasserstoffprojekt „Hyperlink“ der Gasunie Deutschland Transport Services GmbH und andererseits das Wasserstoffinfrastrukturprojekt „H<sub>2</sub>ercules“ der Open Grid Europe GmbH.

Auf Nachfrage von Rh. Gaidies bezüglich der besonderen Auswirkung auf Kavernen und Bodenabsenkung bei der Lagerung von Wasserstoff und möglichen Erweiterungsplänen bei der Kavernenanzahl, bot Herr Sodmann grundsätzlich die Teilnahme bei den Besprechungen mit den Bürgerinitiativen an. Diese fänden regelmäßig statt und beinhalten auch Informationen zu den angefragten Themen. Die Bodenabsenkungen unterlägen der Gebirgsmechanik und würden ständig durch externe Unternehmen, genauso wie die Vermessung der Kavernen, überwacht werden. Hinsichtlich der Kavernenerweiterung stellte er klar, dass über die genehmigte Kavernenanzahl von 99 hinaus, keine Neuanlage geplant sei.

Die Nachfrage von Rh. Gaidies zu einer Neuanpassung der vertraglichen Regelung über die zweckgebundene Jahreszahlung der STORAG Etzel GmbH für die Sicherstellung der Gefahrenabwehr, wegen des erhöhten Gefahrenpotentials durch die Wasserstoffeinlagerung, beantwortete Herr Sodmann damit, dass grundsätzlich auch desbezüglich Gesprächsbereitschaft vorhanden sei, zunächst aber die zuständige Aufsichtsbehörde das mögliche Gefahrenpotential prüfen und bewerten müsse.

Rh Reents erfragte zur Verwallung der Schiffsbalje, ob hier auch noch zusätzliche Pumpen verbaut werden würden und wie der Sachstand in Bezug auf den Kalbschloot sei. Herr Sodmann erklärte, dass zur flächenbezogenen Wasserstandregulierung 14 mechanische Staustufen am Kalbschloot errichtet wurden. So können die bewirtschaftenden Landwirte selbst für eine optimale Flächenvernässung sorgen. Die Maßnahme für die Schiffsbalje erfordere keinen Pumpenbau und die Errichtung sei ab April 2023 geplant. Rh. Reents bedankte sich anschließend für den interessanten Vortrag.

Die Vorsitzende fragte nach dem Kostenansatz für die Umsetzung der Verwallung. Hier stellte Herr Sodmann dar, dass er diesbezüglich keinen Zahlen nennen dürfe, da die Ausschreibung der Maßnahme noch stattfindet.

Rh. Gaidies erfragte, wie die STORAG Etzel GmbH damit umgehe, dass grundsätzlich ein Umdenken stattfindet, weg von den fossilen Energieträgern in Richtung der Erneuerbaren. Dies beantwortete Herr Sodmann damit, dass es mit Projekten wie der Errichtung einer untergeordneten PV-Anlage auf dem Betriebsgelände bereits Bestrebungen gäbe, diese Thematik zu berücksichtigen. Zudem könne er sich auch eine Elektrolyseeinrichtung zur Wasserstoffgewinnung vorstellen. Bei der Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Betriebsgelände gäbe es aber Einschränkungen. Diese dürften nur aufgestellt werden, wenn ein mögliches Kippen der Apparatur keine Gefahr für die ober- und untertägigen Einrichtungen bedeuten würde, so Herr Sodmann.

Die Vorsitzende bedankte sich abschließend für den informativen Vortrag bei Herrn Sodmann.

Der Fachausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

---

**TOP 7                    Information über den Sachstand zur Ermittlung von Potentialflächen für  
die Errichtung von Windenergieanlagen und Freiflächenphotovoltaik  
Vorlage: 2023-010**

---

Zunächst erklärte BM Goetz den Anwesenden, dass es aktuell um eine allgemeine Sachstandinformation gehe, derzeit aber noch keine konkreten Flächen für die Umsetzung identifiziert worden seien.

GOI Sies stellte anhand einer Präsentation, die als Anlage im Bürger- und Ratsinformationssystem beigefügt wird, die derzeitigen rechtlichen Grundlagen, die bisher getätigten Verfahrensschritte und die nächsten Handlungsschwerpunkte vor. Zudem erklärte er, dass ein Arbeitskreis aus Verwaltung und Politik gebildet werden müsse, um die weiteren Schritte unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses bis zum Planungsabschluss durchführen zu können.

Rh. Gaidies drückte seinen Wunsch nach mehr Öffentlichkeitbeteiligung im Verfahren aus. BM Goetz erklärte, dass die Arbeitsgruppe die relevanten Themen für die öffentliche Diskussion ausarbeiten solle, in der Vorbereitungsphase könne aber keine vollumfängliche Öffentlichkeitbeteiligung umgesetzt werden, auch wenn er den Wunsch nach mehr Transparenz verstehen könne.

Bezüglich des bereits stattgefundenen Runden Tisches mit potentiellen Investoren, erfragte Rf. Hildebrandt, woher diese bekannt seien. GOI Sies antwortete, dass es 2022 zu vermehrten Meldungen von Planern kam, die sich bereits Flächen in der Gemeinde Friedeburg zur Umsetzung von Windparks gesichert haben. Diese Unternehmen wurden eingeladen, um sie über die aktuelle Sachlage zu informieren und ggf. auf deren arten- und naturschutzfachliche Gutachten zurückgreifen zu können.

Die Vorsitzende bedankte sich für die Information und verkündete um 20:42 Uhr eine fünfminütige Pause.

Der Fachausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

**TOP 8                    Bebauungsplan Nr. 10 von Etzel "Barfußpark" - Abwägungs- und Auslegungsbeschluss**  
**Vorlage: 2023-011**

---

Nach dem Pausenende um 20:51 Uhr erläuterte GAR Abels das Vorhaben und den aktuellen Verfahrensstand. Er verwies insbesondere auf die notwendige Verlagerung der Kompensationsfläche.

Rh. Weißbach bat um Zustimmung, diesem Wunsch schloss sich Rf. Hildebrandt an.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 17.01.2023 wurde mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den im frühzeitigen Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt.
2. Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Friedeburg stimmt den Entwürfen der des Bebauungsplanes Nr. 10 von Etzel „Barfußpark“ zu und beschließt, diese mitsamt Begründung und Umweltbericht öffentlich auszulegen und die betreffenden Behörden und Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

**TOP 9                    1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 von Wiesede/Upschört "Multifunktionsgelände" - Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: 2023-027**

---

GAR Abels stellte das Vorhaben vor. Da es sich bisher um eine öffentliche Grünfläche handele, müsse diese Nutzung in eine Gemeinbedarfsfläche für die Feuerwehr umgewandelt werden.

Rf. Hildebrandt bat um Zustimmung.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 23.02.2023 wurde mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Der Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 von Wiesede/Upschört „Multifunktionsgelände“ wird zugestimmt.
2. Vor Durchführung der Beteiligungsverfahren ist der Planentwurf dem Verwaltungsausschuss über den Fachausschuss zur Zustimmung vorzulegen.

**TOP 10                  Einwohnerfragestunde**

---

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Herr G. aus Friedeburg erfragte einen Sachstand zur Situation mit den „Quadengeln“. BM Goetz antwortete, dass ihm die aktuelle Situation nicht bekannt sei. Zwar gäbe es die Organisation noch, aber eine alternative Streckenplanung kenne er nicht. Er bot an, erneut Kontakt herzustellen und nachzufragen.
2. Herr M.-T. aus Marx erfragte bezüglich des allgemein bekannten Klimawandels, ob es für die kürzlich durchgeführten Baumfällungen auch Ersatzpflanzungen gäbe. BM Goetz antwortete, dass grundsätzlich Pflanzungen durchgeführt werden würden, dies sei aber nicht immer öffentlichkeitswirksam getätigt worden. Es gäbe für diese

Eingriffe immer die Verpflichtung zur sog. Kompensation, was auch zur Anlage von Streuobst- oder Blühwiesen führen würde. Große Gebiete für die Neuanlage von Wäldern gäbe es aber in der Gemeinde derzeit nicht.

Anschließend erfragte Herr M.-T. den Sachstand zur Ersatzpflanzung der Blutbuche in Marx. GAR Abels antwortete, dass die Fällung des Baumes bereits vor einigen Jahren aufgrund eines Pilzbefalles durchgeführt wurde. Der Landkreis werde die Nachpflanzung vornehmen. Da aber gutachterlich belegt wurde, dass der Pilz noch im Boden sei und folglich auch den neuen Baum infizieren könne, müsse zunächst ein Bodenaustausch vorgenommen werden. Es werde eine Nachpflanzung noch in diesem Jahr angestrebt. BM Goetz drückte seinen Ärger deutlich wegen der langen Umsetzungszeit bis zur Nachpflanzung aus.

---

#### **TOP 11 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**

---

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

---

#### **TOP 12 Anfragen und Anregungen**

---

Rh. Onken erfragte, wie der Sachstand zu den Grundstücksverkäufen im Sonnenblumenweg in Reepsholt sei. GAR Abels antwortete, dass bereits fünf Grundstücke vergeben worden und die Kaufverträge in Vorbereitung seien.

Weiterhin erfragte Rh. Onken warum die Bushaltestelle bei der Firma Block in der Frieslandstraße noch nicht beleuchtet sei. BM Goetz erklärte, dass grundsätzlich darauf verzichtet wurde, da die bestehende Straßenbeleuchtung in diesem Bereich ausreiche. Er werde dies aber persönlich prüfen.

Rh. Weißbach erfragte, ob es möglich sei in Marx anstatt der Blutbuche eine andere widerstandsfähigere Baumart zu pflanzen. BM Goetz erwiderte, dass wegen dem naturschutzrechtlichen Schutzstatus Buchen zu pflanzen seien. Der Baum sei bereits ausgewählt worden. Bezüglich des Unterstützungsangebotes durch die STORAG Etzel GmbH erklärte BM Goetz seine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft.

---

#### **TOP 13 Schließung der Sitzung**

---

Die Vorsitzende schloss um 21:14 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzende

Bürgermeister

Protokollführer